

**NIEDERSCHRIFT  
ZUR SITZUNG DES  
HAUPT- UND  
FINANZAUSSCHUSSES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:  
33. HuFA 2004-2009  
Sitzungsdatum:  
10.03.2009**

**Niederschrift**

Übach-Palenberg, den 10.03.2009

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

**Haupt- und Finanzausschuss**

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

**Tagesordnung**

**A) Öffentliche Sitzung**

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.09.2008 aus öffentlicher Sitzung
3. Bebauungsplan Nr. 107 - Rathausplatz 2 - hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung
4. Vorstellung und Beschlussfassung zur Erweiterung der Gewerbeflächen an der B 221  
hier: Zwischenbericht des Planungsbüros ASS Düsseldorf
5. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
6. Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2009
7. Änderung des Stellenplanes 2009
8. Beratung und Erlass der Haushaltssatzung für Jahr 2009
9. Anregung nach § 24 GO NRW des CDU-Ortsverbandes Palenberg vom 18.02.2009 betr. Einsetzung eines Schülerlotsen an der Maastrichter Straße
10. Anregung nach § 24 GO NRW des CDU-Ortsverbandes Palenberg vom 18.02.2009 betr. Einrichtung zusätzlicher Parkplätze an der Merksteiner Straße
11. Anregung nach § 24 GO NRW des CDU-Ortsverbandes Marienberg vom 18.02.2009 betr. Befestigung des Platzes mit Wohnbebauung "Im Winkel"
12. Erweiterungen zur Tagesordnung

13. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- B) **Nichtöffentliche Sitzung**
14. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.09.2008 aus nichtöffentlicher Sitzung
15. Grundstücksangelegenheiten
- 15.1. Veräußerung einer zusätzlichen Gewerbefläche
- 15.2. Veräußerung eines Gewerbegrundstücks
- 15.3. Veräußerung eines Gewerbegrundstücks
- 15.4. Grundstückstausch
- 15.5. Kaufpreinsnachzahlung für eine Wohnung im Gewerbegebiet
16. Erweiterungen zur Tagesordnung
17. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 17.1. Erläuterungen zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009 (vertraulich)

Es waren anwesend:

**Stadtverordnete**

Frau Bärbel Bartel	SPD	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	(ab TOP 5, 17:09 Uhr)
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Herbert Konrads	CDU	
Frau Petra Meyer	UWG	(als pers. Vertreterin für Meertens, Leo)
Herr Herbert Mlaker	SPD	(als pers. Vertreter für Krawanja, Hans-Josef)
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Frau Eva Maria Piez	SPD	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Björn Utecht	B'90/Die Grünen	(als pers. Vertreter für Reißmayer, Rainer)
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	

**Mitglieder mit beratender Stimme**

Herr Manfred J. Offermanns FDP

### Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll  
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski  
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker  
Schlüter  
Herr Kämmerer Bernd Schmitz  
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek  
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen  
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen

### Schriftführer

Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und Vertreter der Presse.

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** berichtete, dass den Stadtverordneten einerseits zum Tagesordnungspunkt 4 „Vorstellung und Beschlussfassung zur Erweiterung der Gewerbeflächen an der B 221“ sowie zur Verwendung der Mittel des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung in Bezug auf Tagesordnungspunkt 8 „Beratung den Beschluss des Haushaltsentwurfes 2009“ zusätzliche Unterlagen zugegangen seien.

Von Seiten der Stadtverordneten wurden keine Ergänzungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

---

Beschluss:

Die Niederschrift zur letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 20.01.2009 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.09.2008 aus öffentlicher Sitzung

---

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung vom 02.09.2008 wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 Bebauungsplan Nr. 107 - Rathausplatz 2 -  
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung

---

Beschlussempfehlung:

Im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 107 – Rathausplatz 2 – und der Bebauung am Rathausplatz soll eine Einwohnerversammlung durchgeführt werden.

Folgende Stadtverordnete nehmen an der Einwohnerversammlung teil:

Für die Fraktion der SPD:	Die Stadtverordneten Heiner Weißborn und Sven Bildhauer
Für die Fraktion der CDU:	Die Stadtverordneten Gerd Gudduschat und Peter Fröschen
Für die Fraktion der UWG:	Der sachkundige Bürger Wolfgang Bien
Für die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN:	Die sachkundige Bürgerin Brigitte Appelrath
Für die FDP:	Der Stadtverordnete Manfred Offermanns

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**4 Vorstellung und Beschlussfassung zur Erweiterung der Gewerbeflächen an der B 221**

**hier: Zwischenbericht des Planungsbüros ASS Düsseldorf**

---

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** erläuterte, dass den Stadtverordneten mit einer erläuternden Sitzungsvorlage der jetzige Sachstand mitgeteilt worden sei. Die Auswertung zusätzlicher Gewerbeflächen im Stadtgebiet, insbesondere an der B 221 befinde sich noch in der Planungsphase und könne erst in der kommenden Haupt- und Finanzausschuss- bzw. Ratssitzung im April vorgestellt werden.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Gudduschat erklärte Beigeordneter **Schlüter**, dass die Verzögerungen sich dadurch erklären, dass umfangreiche Unterlagen dem Planungsbüro zur Verfügung gestellt werden mussten. Weiterhin sei die verwaltungsinterne Beratung danach noch durchzuführen.

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** erklärte, dass es dringend notwendig sei, hier zügig voranzuschreiten, damit man in der nächsten Ratssitzung endlich einen Beschluss fassen könne.

**5 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass**

---

**Beschlussempfehlung:**

Die beiliegende Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass wird beschlossen (die Neufassung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**6 Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2009**

---

Die Stadtverordneten einigten sich darauf, in der heutigen Sitzung keine Beschlussempfehlung zu fassen und auch die Beratung erst in der kommenden Ratssitzung zusammen mit der Verabschiedung des Haushaltes vornehmen zu wollen.

**Beschluss:**

Die Beratung und Beschlussfassung wird in der kommenden Sitzung des Rates vorgenommen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

## 7 **Änderung des Stellenplanes 2009**

---

### **Beschluss:**

**Die abschließende Beratung und Beschlussfassung wird in der kommenden Sitzung des Rates vorgenommen.**

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

## 8 **Beratung und Erlass der Haushaltssatzung für Jahr 2009**

---

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass es auch in der Vergangenheit guter Brauch war, die Änderungsvorschläge, die die einzelnen Fraktionen zum Haushalt vorbringen, schon in der Haupt- und Finanzausschusssitzung vorzustellen, damit über die Parteigrenzen hinweg hierzu eine Beratung erfolgen könne. Die SPD-Fraktion schlägt vor:

1. Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2009 beantragen man jedes Jahr € 300.000,- für die Renovierung von Schulen einzusetzen. Der Brandschutz solle dabei ausdrücklich ausgenommen sein und die 300.000,- € sollen zusätzlich investiert werden.
2. Die Basketballanlage im Naherholungsgebiet Wurmtal solle beleuchtet werden.
3. Die Eingangstür unseres Schwimmbades solle behindertengerecht umgebaut werden.
4. Am Bahnhof, auf dem städtischen Gelände des Mehrgenerationenhauses, solle eine selbstreinigende Toilette eingerichtet werden, die selbstverständlich behindertengerecht sein müsse.
5. In Palenberg, an der Poststelle Schneidersmann, solle ein Behindertenparkplatz eingerichtet werden.
6. Auf einem städtischen Friedhof solle eine Fläche geschaffen werden, die für die Bestattung von Menschen mit islamischen Glauben zur Verfügung steht.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass auch die CDU-Fraktion in der Haupt- und Finanzausschusssitzung Änderungsvorschläge zum Haushalt vorstellen wolle:

01050101 Rück/-Neubau Obdächer Heinsberger Straße  
Haushalt 2009: 300.000 Euro - 120.000 Euro = 180.000 Euro  
VE 2009: 280.000 Euro + 120.000 Euro = 400.000 Euro  
Haushalt 2010: 280.000 Euro + 120.000 Euro = 400.000 Euro

Die dadurch freigewordenen Mittel in Höhe von 120.000 Euro seien für folgende Maßnahmen im Haushalt 2009 einzusetzen:

Gestaltung der Fläche am Ende der Franz-von-Sales-Straße/Im Winkel	75.000 Euro
Grillhütte Wurmtal	25.000 Euro
Befestigung der sogenannten „Peterstraße“ in Zweibrüggen mit einfachen Mitteln	20.000 Euro

Die Mittel für die Öffnung der Aachener Straße in Höhe von 300.000 Euro sollen im Haushalt 2009 weiterhin angesetzt werden.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion vorschlage, alle investiven Maßnahmen im Haushalt pauschal um 10 % zu kürzen. Weitere Ausführungen zur Verwendung der eingesparten Mittel werde sie in der kommenden Sitzung des Rates vorstellen.

Stadtverordneter **Utecht** erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorschlage die Videoüberwachung an den Schulen und dafür vorgesehenen Mittel komplett zu streichen. Man halte diese Maßnahme für nicht sinnvoll im sensiblen pädagogischen Bereich. Weiterhin erklärte er, dass die Initiative der evangelischen Kirchengemeinde zur Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket positiv aufgenommen wurde. Er fragte wie hoch die mögliche Eigenbeteiligung der Stadt bei der Realisierung dieses Projektes sei.

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** erklärte, dass laut Schreiben der Kirche von Bruttobaukosten in Höhe von rund 800.000 Euro sowie Einrichtungskosten von 100.000 Euro ausgegangen werden müsse. Wie mit Superintendent Pfarrer Jens Sannig am Vorabend telefonisch erörtert, könne die evangelische Kirche maximal einen Betrag von 150.000 Euro aufbringen. Somit läge der Mindestzuschuss seitens der Stadt bei 750.000 Euro.

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** erklärte, dass er allerdings in diesem Zusammenhang auch noch auf einen anderen Umstand hinweisen wolle. Bei der erst vor kurzem durchgeführten Renovierung der Heizungsanlage im Carolus-Magnus-Gymnasium habe es erhebliche mutwillige Beschädigungen gegeben, wie dies von dem von der Stadt beauftragten Fachbüro auch schriftlich dokumentiert worden sei. Er bat den Schriftführer das Schreiben des Ingenieurbüros BJT vorzulesen und damit dem Rat zur Kenntnis zu geben.

Schriftführer **Schröder** verlas folgendes Schreiben:

„BJT Ing.-Büro für Gebäudetechnik GmbH  
Otto-Lilienthal-Straße 4  
52477 Alsdorf

Stadtverwaltung Übach-Palenberg  
z.Hd. Herrn Keufgens  
Rathausplatz 4

52531 Übach-Palenberg

Alsdorf, den 04.03.2009

Gymnasium Übach-Palenberg - Beschädigte Heizkörper -

Sehr geehrter Herr Keufgens,

wie Sie dem als Anlage beigefügten Aktenvermerk entnehmen können, sind teilweise die Heizkörper im o.g. Objekt sehr stark beschädigt. Dies ist eindeutig auf einen nicht bestimmungsgemäßen Betrieb der Heizkörper zurückzuführen. Derzeit gehen wir davon aus, dass hier massive Krafteinwirkungen durch Personen auf die Heizkörper ausgeübt werden, die bereits einer mutwilligen Beschädigung gleichzusetzen sind. Die im o.g. Objekt installierten Heizkörper mit der ausgewählten 3fachen Befestigungstechnik und den zusätzlichen Sicherungsanker an der Wand würde sicherlich jeder Belastung in Form von sitzenden Schülern, die über kurze Zeit den Heizkörper als Sitzbank benutzen, standhalten. Die aber derzeit festgestellten massiven Beschädigungen sind dadurch nicht mehr zu erklären.

Wir schlagen an dieser Stelle vor, die Heizkörper umgehend durch die Erstellerfirma gegen Kostenaufwand fachgerecht instand setzen zu lassen und die entsprechenden Heizkörperbefestigungen zu verstärken. Hierzu würde die gleiche Befestigungstechnik angewandt werden können wie sie bereits vorsorglich im öffentlichen Bereich der Pausenhalle ausgeführt worden ist. Wir werden unsererseits die Fa. Lürken in Mönchengladbach dazu veranlassen ein entsprechendes detailliertes Instandsetzungsangebot zu erstellen und über unser Haus an Sie weiterleiten zu lassen.

Weiter möchte wir Sie bitten, um der Betriebssicherheit der Heizungsanlage genüge zu tun, die Schulverwaltung umgehend auf diesen Missstand hinzuweisen. Eine derartige Behandlung der Heizkörper durch Personen kann so nicht hingenommen werden. Derzeit besteht permanent die Gefahr, dass es zu Rohrbrüchen im Heizungssystem kommen wird und hier erhebliche Wasserschäden im Gebäude auftreten können. Daher empfehlen wir hier umgehend und unverzüglich diese Maßnahme mit der Schulverwaltung zu besprechen.“

Sollten Sie hierzu technische Stellungnahme unseres Hauses benötigen, stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne bei technischen Fragen und auch persönlichen Gesprächen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wagner“

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** sah es als unglaublich und unfassbar an, wie hier mit aus Steuergeldern finanziertem städtischen Eigentum umgegangen werde. Er verwies darauf, dass die Heizkörper erst vor drei bis vier Monaten montiert wurden.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass es hier sicherlich um einzelne Personen gehe, die diese Beschädigungen zu verantworten hätten. Er spreche sich dafür aus, dass Beschädigungen auch verfolgt und strafrechtlich behandelt werden. Dennoch verwies er darauf, dass der Vandalismus nicht dazu führen dürfe, dass Renovierungsarbeiten eingeschränkt würden.

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** erklärte, dass dies nicht so zu verstehen sei. Er sehe es aber als seine Verpflichtung an, den Stadtrat und auch die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, wie – und das beträfe ja keinesfalls nur das Gymnasium – an städtischen Schulen mit dem steuerfinanzierten Eigentum der Stadt umgegangen werde. Er sei es leid, immer nur solche Meldungen auf den Tisch gelegt zu bekommen, dann würden die Aufträge für Reparaturen unterschrieben, bezahlt und damit sei der Fall erledigt. Er werde zukünftig zu dieser Thematik sehr offensiv informieren.

**Beschluss:**

**Die abschließende Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird in der kommenden Ratssitzung vorgenommen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**9 Anregung nach § 24 GO NRW des CDU-Ortsverbandes Palenberg vom 18.02.2009 betr. Einsetzung eines Schülerlotsen an der Maastrichter Straße**

---

Schriftführer **Schröder** verlas folgende Anregung:

„CDU Ortsverband Palenberg

Herrn

Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll

Rathausplatz 4

52531 Übach-Palenberg

Übach-Palenberg, den 18.02.09

Anregung gem. § 24 Gemeindeordnung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit regt der CDU-Ortsverband Palenberg an, für den Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) auf der Maastrichter Str., einen Schülerlotsen zur Sicherung der Grundschul Kinder einzusetzen.

Begründung:

Auf der Maastrichter Str. wurde vor einiger Zeit ein Zebrastreifen eingerichtet, um die gefahrlose Überquerung für Schulkinder zu gewährleisten.

Trotz der zusätzlich eingerichteten Schikanen wird dort immer noch mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren.

Dies gefährdet die Grundschul Kinder auf dem Weg vom Wohngebiet Rimburger Acker zur Grundschule Palenberg.

Wir bitten deshalb um Prüfung, ob an diesem Überweg zu den entsprechenden Zeiten des Schulbeginns und Schulendes, ein Schülerlotse eingesetzt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gerhard Gudduschat  
Vorsitzender

gez. Oliver Walther  
stellv. Vorsitzender“

**Beschluss:**

**Für den Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) auf der Maastrichter Straße wird ein Schülerlotse zur Sicherung der Grundschulkinder eingesetzt.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**10 Anregung nach § 24 GO NRW des CDU-Ortsverbandes Palenberg vom 18.02.2009 betr. Einrichtung zusätzlicher Parkplätze an der Merksteiner Straße**

---

Schriftführer **Schröder** verlas folgende Anregung:

„CDU Ortsverband Palenberg

Herrn  
Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll  
Rathausplatz 4  
52531 Übach-Palenberg

Übach-Palenberg, den 18.02.09

Anregung gem. § 24 Gemeindeordnung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit regt der CDU-Ortsverband Palenberg an, auf der Merksteiner Straße, kurz vor dem Kreisverkehr zur Maastrichter Straße, zusätzliche Parkplätze einzurichten.

Begründung:

Auf der Merksteiner Straße, kurz vor dem Kreisverkehr, befindet sich auf der rechten Seite ein ca. 4 m breiter und ca. 60 m langer Streifen.

Dieser Streifen ist mit schrägen, weißen Streifen gekennzeichnet.

Das Parken ist dort somit nicht erlaubt, obwohl er sich für die Besucher der dortigen Seniorenwohnungen anbietet.

Wir bitten darum, mit den zuständigen Straßenbaubehörden Verhandlungen aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gerhard Gudduschat  
Vorsitzender

gez. Oliver Walther  
stellv. Vorsitzender“

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Gudduschat** erklärte Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski**, dass der Grund für die Anbringung dieser parkfreien Zone darin bestehe, dass sich vor dem Kreisverkehr dort sonst Autos einreihen und die Zufahrt

in den Kreisverkehr erheblich Probleme bereite.

**Beschluss:**

**Auf der Merksteiner Straße, kurz vor dem Kreisverkehr zur Maastrichter Straße, sollen zusätzliche Parkplätze eingerichtet werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**11 Anregung nach § 24 GO NRW des CDU-Ortsverbandes Marienberg vom 18.02.2009 betr. Befestigung des Platzes mit Wohnbebauung "Im Winkel"**

---

Schriftführer **Schröder** verlas folgende Anregung:

„CDU Ortsverband Marienberg

Herrn  
Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll  
Rathausplatz 4  
52531 Übach-Palenberg

Übach-Palenberg, den 18.02.09

Anregung gem. § 24 Gemeindeordnung  
Befestigung des Platzes mit Wohnbebauung „Im Winkel“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll,

hiermit regt der CDU-Ortsverband Marienberg im Stadtverband Übach-Palenberg an, nächstmöglich den unbefestigten Platz „Im Winkel“ in Marienberg zeitgemäß zu befestigen.

Begründung:

Als, meines Wissens, einziger Platz in Übach-Palenberg mit Wohnbebauung, ist der Platz „Im Winkel“ in Marienberg noch in einem derartig desolaten Zustand, dass die an diesem Platz wohnenden Bürger den Eindruck haben müssen, die Zeit wäre hier stehen geblieben.

Der Platz ist völlig unbefestigt, so dass bei Regen z.B. Schlammwasser in die tiefer gelegenen Vorgärten der Wohneinheiten läuft. Zu Fuß sind die Wohnungen bei schlechter Witterung nur mit wasserdichten und schlammfesten Ersatzschuhen zu erreichen. Bei trockenem Wetter staubt es derart, dass ein Aufenthalt in den Vorgärten teilweise unmöglich ist.

Durch Mittel aus dem Konjunkturförderungsprogramm II könnte die Befestigung dieses Platzes m. E. finanziert werden.

Ich bitte um wohlwollende Unterstützung im Sinne der Bürger Marienbergs, die dort wohnen.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang F.W. Jungnitsch  
CDU-Ortsverbandsvorsitzender“

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass die mit dieser Anregung verbundenen Kosten auch in den Änderungsanträgen für den jetzt zu beratenden Haushalt mit aufgeführt seien.

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** verwies darauf, dass er bereits einen Tag vor dem Schreiben von Herrn Jungnitsch Besuch von einer Bürgerin aus der Franz-von-Sales-Straße im Rahmen seiner allwöchentlichen Sprechstunde erhalten habe, die die Gestaltung der dortigen Situation in Erinnerung gerufen habe. Er habe daraufhin sofort den Tiefbauamtsleiter gebeten, entsprechende Vorschläge vorzulegen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass man von Seiten der CDU-Fraktion dieser Anwohnerin geraten habe, sich direkt an den Bürgermeister zu wenden.

Stadtverordneter **Weißborn** bat darum, bei der Beschlussfassung darüber nachzudenken, dass auf die Anlieger auch noch Abgaben für eine Erschließung zukommen würden. Weiterhin bezweifle er, dass für Ausbaumaßnahmen im Straßenbau, die nicht dem Lärmschutz dienen, Mittel aus dem Konjunkturpaket Verwendung finden dürfen.

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** erklärte, dass er davon ausgehe, dass keine Erschließungsbeiträge für den Ausbau des Platzes zu erheben seien. Er verwies auf eine ähnlich gelagerte Situation beim Ausbau des Platzes in Siepenbusch.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass er eine Verweisung dieses Antrages in die nächste Sitzung des Rates mittragen könne, zumal die Maßnahme ja von der CDU auch zum Haushalt beantragt worden sei.

Stadtverordneter **Overländer** regte an, dass man auch über entsprechende Befestigungen am Ende der Rudolf-Diesel-Straße nachdenken solle. Hier gestalte sich die Situation ähnlich.

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** wies darauf hin, dass es den Stadtverordneten unbenommen sei, hierzu entsprechende Anträge zu stellen. Sinnvollerweise sollten diese aber auch zur Haushaltsberatung vorgebracht werden.

### **Beschluss:**

**Die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird in der kommenden Sitzung des Rates vorgenommen.**

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

## 12 Erweiterungen zur Tagesordnung

---

Erweiterungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

## 13 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

---

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** berichtete, dass er den Wasserverband Eifel-Rur um Stellungnahme zum Stand der Umsetzung in Sachen Renaturierung der Wurm bei Zweibrüggen gebeten habe. Diese sei eigentlich im Jahresförderprogramm 2008 eingeplant gewesen. Er bat den Schriftführer die Stellungnahme zu verlesen.

Schriftführer **Schröder** verlas folgendes Schreiben:

„Wasserverband Eifel-Rur  
Postfach 102564  
52325 Düren

Herrn  
Bürgermeister Schmitz-Kröll  
Postfach 1220  
52531 Übach-Palenberg

27.02.2009

Renaturierung der Wurm im Bereich Zweibrüggen  
Hier: Darstellung des Sachstandes

Sehr geehrter Herr Schmitz-Kröll,

gerne kommen wir Ihrem Wunsch, nach schriftlicher Erläuterung zum Stand des oben genannten Projektes nach.

Die wasserbaulichen und landschaftspflegerischen Planungen sind nahezu abgeschlossen. Aufgrund der Erfahrungen bei anderen Projektierungen an der Wurm mit vergleichbar vorgefundenen Bodenklassifizierungen und Belastungen, die sich nicht unerheblich auf die Projektgesamtkosten auswirken können, ist eine Ausweitung der bereits durchgeführten Bodenuntersuchungen wahrscheinlich. Daher sind zur Festlegung des weiteren Untersuchungsrahmens Gespräche mit der zuständigen Behörde des Kreises Heinsberg zu führen. Die Ergebnisse der Rammkernbohrungen sowie der chemischen Analysen können zu einer Überarbeitung der Planungsunterlagen führen. Mit einer Fertigstellung der genehmigungsreifen Planung ist bis zur Jahresmitte zu rechnen. Unter der Voraussetzung einer dreimonatigen Genehmigungsphase und einem erfolgreichen Abschluss des Flächenerwerbs kann ein Zuwendungsantrag hinsichtlich einer Landesfördermittelbereitstellung Anfang November 2009 gestellt werden. Die Maßnahme wurde vorsorglich bereits Anfang 2009 bei der Bezirksregierung Köln für deren Fördermittelplanung angemeldet. Nicht nur als Detailprojekt „Euregionale 2008“, sondern auch als erforderliche ökologische Entwicklungsmaßnahme vor dem Hintergrund der Umsetzung der Europäischen Wasserrichtlinie, gehen wir nach wie vor von einer Fördermittelbereitstellung durch das Land NRW aus. Unter der Annahme, dass ein positiver Zuwendungsbescheid bis Ende des Jahres 2009 erteilt wird, kann die bauliche Umsetzung bis zum Herbst des Jahres 2010 abgeschlossen werden.

Wir hoffen, Sie ausreichend informiert zu haben, und werden Sie gerne weiter über den Projektfortschritt auf dem Laufenden halten.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

gez. Steegmanns“

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** schloss um 17.47 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Bürgermeister Schmitz-Kröll um 18:05 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll  
Bürgermeister

Schröder  
Schriftführer